

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 1/2019

4. März 2019



Liebe Leserinnen und Leser,

Das neue Jahr ist inzwischen gar nicht mehr so neu, doch hat sich die Grundsituation im Land in den vergangenen Wochen nicht wirklich verändert. Nach wie vor zeigt sich die grün-schwarze Landesregierung durch ihre Uneinigkeit in vielen Kernfragen und ihren politischen Zielen als nicht handlungsfähig. Der Dissens verhindert wichtige Entscheidungen, die getroffen werden müssen, um die Weichen für ein weiterhin erfolgreiches und prosperierendes Baden-Württemberg zu stellen.

Höhepunkt der innerkoalitionären Streitigkeiten ist bisher das leidige Hickhack um Fahrverbote für Euro-5-Diesel. Inzwischen demonstrieren Stuttgarter Christdemokraten auf der Straße gegen die Beschlüsse ihrer eigenen Fraktion und Landesregierung und wünschen einen Minister aus der eigenen Koalition hinter Gitter. Dieses Verhalten ist nicht nur populistisch, sondern geradezu schizophran. Dabei sind weitere Fahrverbote für Euro-5-Diesel vermeidbar, man muss nur das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts lesen. Wir als SPD fordern, dass ein Moratorium für zwei Jahre beschlossen wird, in denen keine neuen Fahrverbote verhängt werden.

Der politische Stillstand verhindert außerdem, dass die vielen tausend Wohnungen, die wir dringend brauchen, endlich gebaut werden. Die notwendige Reform der Landesbauordnung steht weiterhin aus und bei der Wohnraumförderung sucht Grün-Schwarz immer noch einer gemeinsamen Linie. Von den bereitgestellten Fördermitteln wurden trotz eklatantem Wohnraumangel viele Millionen Euro nicht von den Kommunen abgerufen, weil die Förderkriterien wenig transparent sind oder nicht passen. Wir fordern die Einrichtung einer Landesentwicklungsge-

sellschaft, die bezahlbaren Wohnraum schafft. Wohnen muss als Teil der daseinsvorsorge begriffen werden.

Mit seiner Blockadehaltung im Bundesrat hat der Ministerpräsident die Digitalisierung an unseren Schulen unnötig verzögert. Aus Angst vor einer minimalen Änderung des Grundgesetzes hat er die Bereitstellung der Mittel aus dem Digitalpakt des Bundes zu lange verhindert und Kommunen und Schulen unnötig hingehalten.

Auch bei der Verschärfung des Polizeigesetzes und der Bewaffnung des freiwilligen Polizeidienstes, dem Konzept für Ganztagschulen, dem Klimaschutzgesetz, dem Umgang mit kommunaler Bürgerbeteiligung bei Bauprojekten und jüngst mit der gegensätzlichen Reaktion auf die Plakatkampagne der ungarischen Regierung gegen EU-Kommissionspräsident Juncker zeichnet sich die grün-schwarze Landesregierung vor allem durch eines aus: Uneinigkeit.

Und ein weiteres Konfliktfeld macht die CDU nun mit ihrer Forderung nach einem Familiengeld analog zu Bayern auf. Scheinbar haben die Christdemokraten kurz vor den Kommunalwahlen kalte Füße bekommen wegen unseres Volksbegehrens zur gebührenfreien Kita und holen nun diesen Vorschlag aus der politischen Mottenkiste. Das wird den Grünen sicher nicht gefallen und für weiteren Ärger in der Koalition sorgen. Für uns Sozialdemokraten ist diese Kurzschlussreaktion jedenfalls die beste Bestätigung, dass wir mit unserem Anliegen, junge Familien im Land zu unterstützen, richtig liegen. Der überwältigende Zuspruch, den wir mit unserer Unterschriftenaktion erzielt haben, zeigt, dass hier dringend Handlungsbedarf besteht. Mit der Gebührenfreiheit werden Eltern finanziell entlastet, Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert und die Kinder besser gefördert. Wir sind auf dem richtigen Weg!

Ich wünsche Euch auch heute wieder eine interessante und anregende Lektüre.

Euer Andreas Stoch

Zukunft kleiner Grundschulen

In der 81. Landtagssitzung am 23.01.2019 kritisierte die SPD-Landtagsfraktion in der Aktuellen Debatte „Kurze Beine - lange Wege“ die Landesregierung, kleinere Grundschulen durch die Hintertür schließen zu wollen.

Der bildungspolitische Sprecher der Fraktion Dr. Stefan Fulst-Blei fragt, wo die Bildungskompetenz der Grünen geblieben sei. Einstmals seien sie aufgebrochen, um für mehr Bildungsgerechtigkeit zu streiten, jetzt zeichneten sie sich nur noch durch bildungspolitisches Wachkoma und Raubbau am Bildungsetat aus. Nun sollen Schulleiter von Grundschulen erst ab einer gewissen Mindestgröße besser bezahlt werden. Diese restriktiv gehandhabte Besoldungsanhebung sei nichts anderes als ein großes Schulschießungsprogramm durch die Hintertür. Bei mindestens 111 Gemeinden im ländlichen Raum müssten nun die Alarmglocken klingeln. Weil es immer schwieriger werde, Schulleiter zu finden, habe sogar der Landesrechnungshof empfohlen, Schulleitungen besser zu bezahlen. Drei Jahre lang habe Grün-Schwarz diesbezüglich nichts getan. Nun sei die Lage akut. 216 Schulen sind derzeit ohne Leitung, 143 – also zwei Drittel - davon Grundschulen.



Foto: Landtag Baden-Württemberg

Bisher sei Konsens gewesen „Kurze Beine - kurze Wege“. Deswegen unterlagen die Grundschulen keiner Mindestgrößenanforderung, denn ein Grundschulstandort trägt durch kurze Wegezeiten zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bei, vereinfacht das Familienleben und verbessert die Ökobilanz. Vom Grundschulstandort hängt auch die Attraktivität einer Gemeinde für junge Familien ab. Die Folgen einer schlechteren Bezahlung von Schulleitern kleiner Grundschulen seien absehbar: Für diese Stellen werden sich kaum noch Bewerber finden. Das sei keine verantwortungsvolle Schulentwicklungsstrategie, sondern ziele auf einen stillen Tod kleiner Schulen in der Fläche ab. Dies sei verantwortungslos und fördere weder die Qualität noch die Entwicklung im ländlichen Raum. Fulst-Blei fordert die Landesregierung auf, endlich zu handeln und Transparenz über ihre wahren Pläne zu schaffen.

Regierungsinformation: Digitalpakt

Thema der Regierungsinformation in der 82. Sitzung am 30.01.2019 war der Digitalpakt des Bundes mit den Ländern, der eine Digitalisierung der Schulen vorantreiben soll. 650 Millionen Euro sollen in den nächsten fünf Jahren dafür ins Land fließen. Dafür bedarf es einer Änderung des Grundgesetzes, wogegen sich die Landesregierung im Bundesrat aussprach.

In meinem Redebeitrag stimmte ich Ministerpräsident Kretschmann insofern zu, dass die Bewahrung der föderalen Strukturen wichtig sei und die Handlungsfähigkeit der Länder nicht eingeschränkt werden dürfe. Aber der Digitalpakt gibt keinerlei Anlass zu den Untergangsszenarien, die der Regierungschef hinsichtlich der Eigenständigkeit der Länder malt. Kretschmanns Hybris, seine maßlose Selbsterhöhung als Retter des Föderalismus, stimmt nachdenklich. Seine Wortwahl erinnert an diejenigen Kräfte, die die Verfassungsorgane unseres Staates verunglimpfen. Schließlich war es der Bundestag, der mehrheitlich eine Verfassungsänderung beschloss. Die Bürger erwarten einen handlungsfähigen Staat und funktionierende Bildungssysteme. Dafür brauchen wir eine verbesserte digitale Infrastruktur. Das Geld muss endlich an unsere Schulen fließen. Kritik zu üben ist hier vor allem an der früheren Bundesbildungsministerin Wanka (CDU), die den Digitalpakt angekündigt, aber nicht weiterverfolgt hat. Die Länder haben deswegen das Thema auf Eis gelegt. Grün-Schwarz hat in drei Jahren nichts diesbezüglich auf die Reihe gebracht. Alles, was im Bereich Digitalisierung im Bildungsbereich läuft, hat die SPD initiiert: die Festbeschreibung verpflichtender Medienbildung im Bildungsplan, Ausweitung des Informatikunterrichts, Tablet-Schulversuche, Lernfabriken 4.0 etc. Stattdessen wurden neun Millionen Euro für die Bildungsplattform ELLA in den Sand gesetzt, weitere 28 Millionen Euro Forderungen stehen aus. Lediglich 150 Millionen Euro nimmt das Land für die Digitalisierung der Schulen in die Hand. Das sind ca. 100 Euro pro Schüler, kein wirklich stattlicher Betrag. Und dabei steht die Hälfte, 75 Millionen Euro, unter Sperrvermerk, bis das Geld vom Bund kommt. Grün-Schwarz dreht sich im Kreis: Die Kommunen brauchen das Geld vom Land, das Land vom Bund. Die Landesregierung blockiert beides. Kretschmann verhält sich unglaublich und im krassen Gegensatz zur eigenen Partei, die in Berlin der Grundgesetzänderung zugestimmt hatte. Die CDU im Bund hat die Änderung im Koalitionsvertrag vereinbart. Die Scheindebatten müssen endlich beendet und eine Einigung erzielt werden, damit die Schulen an die nötigen Finanzmittel kommen.

Brexit-Übergangsgesetz

In seiner 84. Sitzung am 13.02.2019 beriet der Landtag in Erster Lesung über das Brexit-Übergangsgesetz Baden-Württemberg.



Foto: Landtag von Baden-Württemberg

Der finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion und frühere Staatssekretär im Finanz- und Wirtschaftsministerium, **Peter Hofelich**, erinnert an die Mühen und Kontroversen, unter denen Großbritannien der EU beigetreten ist. Dass es eine gelingende und gewichtige Partnerschaft wurde, dazu haben in den 70er Jahren James Callaghan und Helmut Schmidt vieles beigetragen. Es sei nun umso schmerzlicher, dass das Vereinigte Königreich mit dem Ablauf des 29. März nicht mehr Mitglied der EU sein wird. Dass Baden-Württemberg ein Brexit-Übergangsgesetz für die Zeit nach diesem Austritt in Ungewissheit beschließen muss, sei auch Ergebnis der verfahrenen Situation auf der Insel, in die Populisten den Kontinent hineingetrieben haben. Diese verantwortungslosen Täuscher seien bislang ohne jede Einsicht - und das auf beiden Seiten des Ärmelkanals. Die SPD-Fraktion begrüße den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf, der auf der gesetzlichen Grundlage des Bundes den Übergang konkretisiert und vor allem das Wahlrecht der hier lebenden Briten regelt. Die Wahrscheinlichkeit eines unregulierten Austritts steige nahezu täglich wegen der unfähigen Taktiererei der Regierung May und gefährde damit nicht nur in Großbritannien Arbeitsplätze und Prosperität. Gerade Baden-Württemberg sei mit seinem hohen Anteil an Zulieferindustrie in der Kfz-Branche und im Maschinenbau und dessen internationaler Verflechtung besonders durch den Brexit gefährdet. Hofelich fordert, für Europa viel stärker auf die Kraft der Aufklärung zu setzen. Gerade der ökonomische Riese brauche die Besinnung auf die Ideen der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Vernunft. „Wir brauchen mehr Balance in den Regierungsformen. Föderal hilft, Extreme zu vermeiden. Wir brauchen einen wirklich europäischen Dialog statt nationaler Europa-Interpretationen! Für Europa müssen wir sichtbar kämpfen, nicht bloß klug argumentieren!“ Auch das sei eine Lehre aus dem Brexit-Drama.

Streit um Fahrverbote

In der jüngsten Sitzung am 21.02.2019 kritisierte die SPD-Fraktion in ihrer Aktuellen Debatte „Kampf um den Diesel: Grün-Schwarz demonstriert gegen sich selbst“ die Uneinigkeit und damit Handlungsunfähigkeit der Landesregierung hinsichtlich der Fahrverbote für Euro-5-Diesel.

Dieses Thema betrifft die Mobilität zigtausender Menschen auf der einen und die Gesundheit ebenso vieler Menschen auf der anderen Seite. Deswegen habe ich in meinem Debattenbeitrag aufgezeigt, dass es hier durchaus eine Lösung geben kann. Diese verlangt nur nach beherztem Handeln und Augenmaß. So könnte der Landtag beschließen, Fahrverbote für Euro-5-Diesel für den Zeitraum von zwei Jahren auszuschließen. Dieses Moratorium ist möglich auf der Grundlage des geltenden Rechts, denn ein solches Fahrverbot wäre unverhältnismäßig. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass für diese Fahrzeuge Nachrüstungsmöglichkeiten geschaffen werden, für die die Autobesitzer aber Zeit und vor allem Rechts-sicherheit brauchen. Die SPD fordert dieses Moratorium, denn damit würde gleich mehrfach richtig auf die entsprechenden Urteile reagiert, die ausdrücklich zur Herstellung der Verhältnismäßigkeit eine Übergangsfrist vorsehen. Ebenso auf die Tatsache, dass die Nachrüstung für Euro-5-Diesel von der Autoindustrie viel zu spät angegangen wurde und es noch dauern wird, bis ausreichend Nachrüstungen zu bezahlbaren Preisen auf dem Markt sind. Aber vor allem könnten wir auf die extreme Verunsicherung aller Menschen reagieren, die sich nicht alle zwei Jahre ein neues Auto leisten können und deren teils noch neue Fahrzeuge nun plötzlich vom Fahrverbot betroffen wären. Das wäre machbar. Aber für die Landesregierung bleibt es ein Ding der Unmöglichkeit, denn im Kern sind sich Grüne und CDU nicht einig. Die Grünen hegen den ideologisch motivierten Urwunsch, Autos per Verbot stillzulegen. Bis zuletzt haben sie sich hinter der pauschalen Aussage verschauelt, die Politik könne hier nichts tun, die Gerichte seien verantwortlich. Aber zumindest ist diese Haltung halbwegs geradlinig im Gegensatz zum bizarren Verhalten der CDU. Auf der Straße demonstrieren sie gegen das, was sie in Regierung und Parlament mittragen. Sie scheinen sich nicht zu erinnern, dass sämtliche Rahmenbedingungen, die zu den heutigen Problemen geführt haben, unter CDU-Regierungen eingeführt wurden: Messstellen, Auflagen, Fortschreibungen. Das ist schizophren oder verlogen! Die Menschen erwarten endlich Lösungen. Da hilft kein Abarbeiten an Grenzwerten oder Urteilen. Wenn das nicht gelingt, ist Grün-Schwarz gescheitert.

Volksbegehren für gebührenfreie Kitas



Beim traditionellen Jahresauftakt der Landes-SPD am 7. Januar in Stuttgart haben wir gemeinsam mit Rheinland-Pfalz' Ministerpräsidentin Malu Dreyer den Startschuss für unser Volksbegehren für gebührenfreie Kitas in Baden-Württemberg gegeben. Unsere Aktion stieß auf eine überwältigende Resonanz in der Bevölkerung. In nur vier Wochen sammelten wir über 17.000 beglaubigte Unterschriften und konnten diese zusammen mit unserem Zulassungsantrag im Innenministerium übergeben. Auch in meinem Wahlkreis kamen einige hundert Unterschriften zusammen. Viele junge Menschen suchten den Weg in mein Wahlkreisbüro, um das Volksbegehren zu unterstützen, was mich ganz besonders gefreut hat. Nun wird das Innenministerium unseren Antrag gemäß der im Volksabstimmungsgesetz festgeschriebenen Frist bis spätestens 5. März rechtlich prüfen. Es ist der erste Antrag dieser Art nach der entsprechenden Änderung der Landesverfassung unter Grün-Rot, wodurch solch ein Volksbegehren erst möglich gemacht wurde. Danach geht es aber erst richtig los, auf unserem Weg, die Familien in Baden-Württemberg spürbar und dauerhaft zu entlasten: Anfang April werden wir dann mit der Unterschriftensammlung beginnen. Haben wir bis September die Unterschriften von einem Zehntel aller Wahlberechtigten im Land, also ca. 770.000, wird der zugrundeliegende Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Erhält dieser dort keine parlamentarische Mehrheit, findet über ihn eine Volksabstimmung statt.



Fotos: SPD Baden-Württemberg

Lesung mit Sigmar Gabriel

Als Gastautor konnte die Herbrechtinger Stadtbücherei den früheren SPD-Bundesvorsitzenden Sigmar Gabriel gewinnen. Im Gespräch mit Dr. Wolfgang Niess vom SWR legte der ehemalige Wirtschafts- und Außenminister mit tiefgreifendem weltpolitischen Wissen, aber nicht ohne den für ihn typischen schlagfertigen Witz dar, welche Rolle Deutschland zukünftig in Europa und der Welt einnehmen muss. Ein geschlossenes starkes Europa ist demnach der einzige Weg, im Konzert der Weltmächte weiter mitspielen zu können. Ein Zurück in den Nationalismus wäre verhängnisvoll.



Besuch auf der CMT in Stuttgart

Was die Schwäbische Alb touristisch alles zu bieten hat, konnte man auf der CMT sehen. Die Besucherzahlen steigen und der Tourismus in der Region wird als Wirtschaftszweig immer wichtiger. Gerne habe ich auch bei der diesjährigen CMT den Ständen aus meinem Wahlkreis einen Besuch abgestattet und mich mit den Bürgermeistern getroffen.



Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321 / 4 00 80

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de